OeNB Policy Brief 2026/12
11 Seiten

Höheres Produktivitätswachstum als Schlüssel für Österreichs zukünftigen Wohlstand

Höheres Produktivitätswachstum wird der entscheidende Faktor für Österreichs künftigen Wohlstand. Um auch künftig ein Wachstum des realen BIP pro Kopf von rund 1 % pro Jahr zu ermöglichen, müsste die Produktivität jährlich um 1,1 % ansteigen – fast doppelt so stark wie im Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts (0,6 %). Dieser Policy Brief analysiert die langfristigen Perspektiven des Wohlstands in Österreich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Während das BIP pro Kopf in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen ist, haben sich die Wachstumsraten kontinuierlich abgeschwächt. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird bis 2070 spürbar zurückgehen, wodurch der Arbeitseinsatz künftig kaum noch positive Wachstumsbeiträge leisten kann. Selbst bei optimistischen Annahmen zu Erwerbsbeteiligung, Arbeitszeit und Pensionsalter bleibt das Produktivitätswachstum der zentrale Bestimmungsfaktor für das langfristige Wirtschaftswachstum. Um das Wachstum der Produktivität spürbar zu erhöhen, bräuchte es ein breites Bündel an Maßnahmen. Besonders großes – wenn auch sehr unsicheres – Potenzial kann der Einsatz von künstlicher Intelligenz bieten.

Autor:innen

Wolf Heinrich Reuter, Martin Schneider und Alfred Stiglbauer
Oesterreichische Nationalbank, Konjunktur
konjunktur@oenb.at

Veröffentlichung

25. November 2026

Produktivitätswachstum hat sich stark abgeschwächt

Das Produktivitätswachstum war in der Vergangenheit die zentrale Triebfeder des Wohlstands-zuwachses.
Ihr Wachstumsbeitrag ist jedoch von rund 5 Prozentpunkten in den 1960er-Jahren auf zuletzt 0,6 Prozentpunkte gesunken.

Demografie belastet Wachstumsaussichten

Die Alterung der Bevölkerung reduziert langfristig das Arbeits-angebot und verringert den Beitrag des Arbeitseinsatzes zum Wohlstandswachstum.
Eine Ausweitung des Arbeitsangebots ist nur in begrenztem Ausmaß möglich.

Stärkung des Produktivitäts-wachstums notwendig

Ein breites Bündel an Maßnahmen dürfte notwendig sein: Mehr Wettbewerb und Unternehmensdynamik, weniger Bürokratie, Investitionen in Bildung, Digitalisierung, KI und Kapital, ein effizienter Staat.

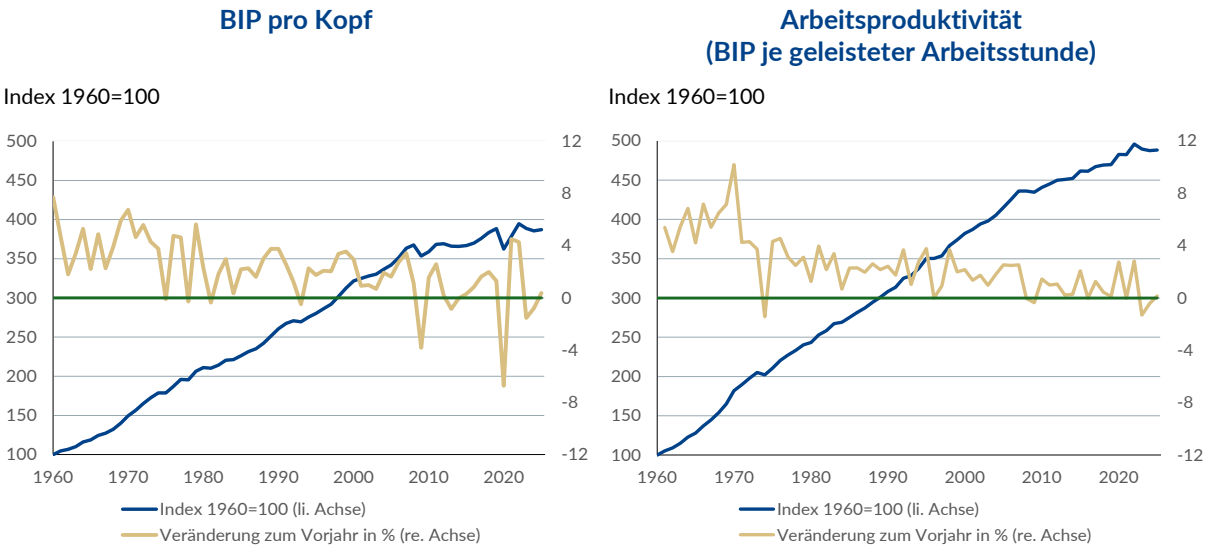
Die hier von den Autor:innen geäußerten Ansichten geben nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt der Oesterreichischen Nationalbank oder des Eurosystems wieder.

1 Langfristige Entwicklung des Wohlstands in Österreich

Der Wohlstand in Österreich – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf – ist in den letzten Jahrzehnten massiv gestiegen. Trotz teilweise schwerer wirtschaftlicher Krisen und konjunktureller Abschwünge liegt das reale BIP pro Kopf heute knapp viermal so hoch wie 1960 (Grafik 1, links). Dieses Wachstum bildet die Grundlage für steigende Einkommen, bessere Lebensbedingungen und die Finanzierung öffentlicher Leistungen wie Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit.

Grafik 1

Wohlstand in Österreich hat sich seit 1960 vervierfacht



Quelle: Statistik Austria.

Die Zuwachsraten des realen BIP pro Kopf haben sich jedoch im Zeitablauf deutlich abgeflacht (linker Teil von Grafik 2). In den Jahren 1966 bis 1975 lag das Wachstum mit durchschnittlich 4,1 % pro Jahr besonders hoch, anschließend hat es über drei Jahrzehnte hinweg durchschnittlich noch über 2 % pro Jahr betragen und ist seit Anfang der 2000er-Jahre auf unter 1 % gefallen. Zuletzt ist das BIP pro Kopf zwischen 2016 und 2025 nur noch durchschnittlich um 0,5 % gewachsen.

Das BIP pro Kopf ergibt sich aus dem Produkt von Arbeitseinsatz pro Kopf der Bevölkerung und der Arbeitsproduktivität. Vereinfacht ausgedrückt hängt es davon ab, wie viele Stunden je Einwohner:in durchschnittlich gearbeitet und wie viel in jeder Stunde durchschnittlich erwirtschaftet wird (Stundenproduktivität). Der Arbeitseinsatz kann hierbei nochmals in die Faktoren Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, Partizipationsrate[1], Beschäftigungsquote[2] und durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden pro erwerbstätige Person aufgeteilt werden. Diese Aufteilung ist in Grafik 2 (linker Teil) für einzelne Zeitperioden dargestellt.

[1] Die Partizipationsrate (Erwerbsquote) ist definiert als Anzahl der Erwerbspersonen (=Beschäftigte plus Arbeitslose) durch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–64 Jahre).

[2] Die Beschäftigungsquote ergibt sich aus 100 minus Arbeitslosenquote in Prozent.

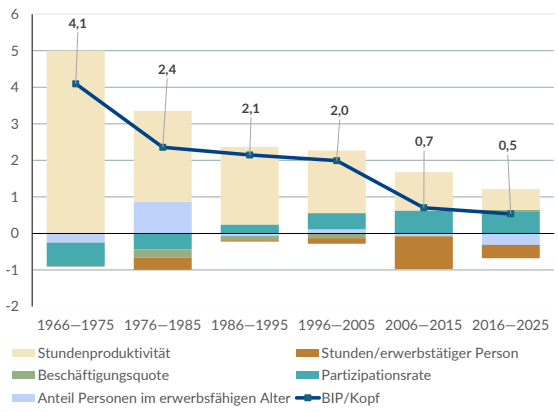
Im rechten Teil von Grafik 2 ist zusätzlich die Zerlegung des gesamten BIP-Wachstums dargestellt. Dieses fällt durch das besonders in den letzten zwei Jahrzehnten hohe Bevölkerungswachstum höher aus als das Wachstum des BIP pro Kopf.

Grafik 2

Zunahme des Wohlstands in Österreich hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten stark verlangsamt

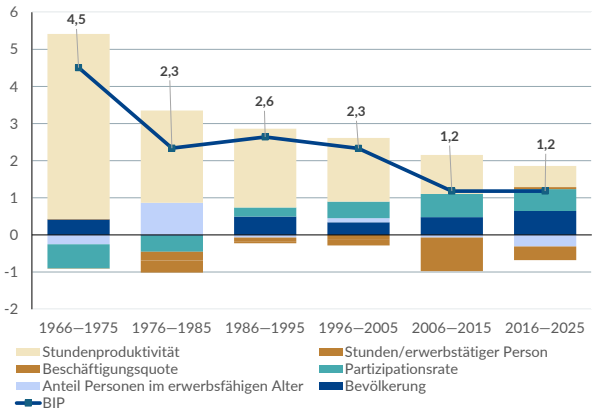
Reales BIP pro Kopf

Veränderung zum Vorjahr in % bzw. Beiträge in Prozentpunkten



Reales BIP

Veränderung zum Vorjahr in % bzw. Beiträge in Prozentpunkten



Quelle: Europäische Kommission (AMECO-Datenbank), eigene Berechnungen.

Die Zerlegung macht deutlich, dass die Arbeitsproduktivität der zentrale Faktor der Zunahme des Wohlstands war.[3] Sie verlor in den vergangenen Jahrzehnten jedoch zunehmend an Dynamik. Ihr Beitrag zum Wachstum des BIP pro Kopf sank von 5 Prozentpunkten in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren auf nur noch rund 0,6 Prozentpunkte in den Jahren 2016 bis 2025.

Die demografischen und arbeitsmarktbezogenen Faktoren wirkten in unterschiedliche Richtungen. Die steigende Partizipationsrate – vor allem die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen – leistete seit Mitte der 1980er-Jahre einen zunehmend positiven Wachstumsbeitrag. Die sinkenden Arbeitsstunden pro erwerbstätige Person und der rückläufige Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dämpften jedoch das Wachstum. Über die letzten Jahrzehnte ergab sich durch den Arbeitseinsatz pro Kopf der Bevölkerung ein in Summe leicht negativer Beitrag zum Wohlstandswachstum.

---

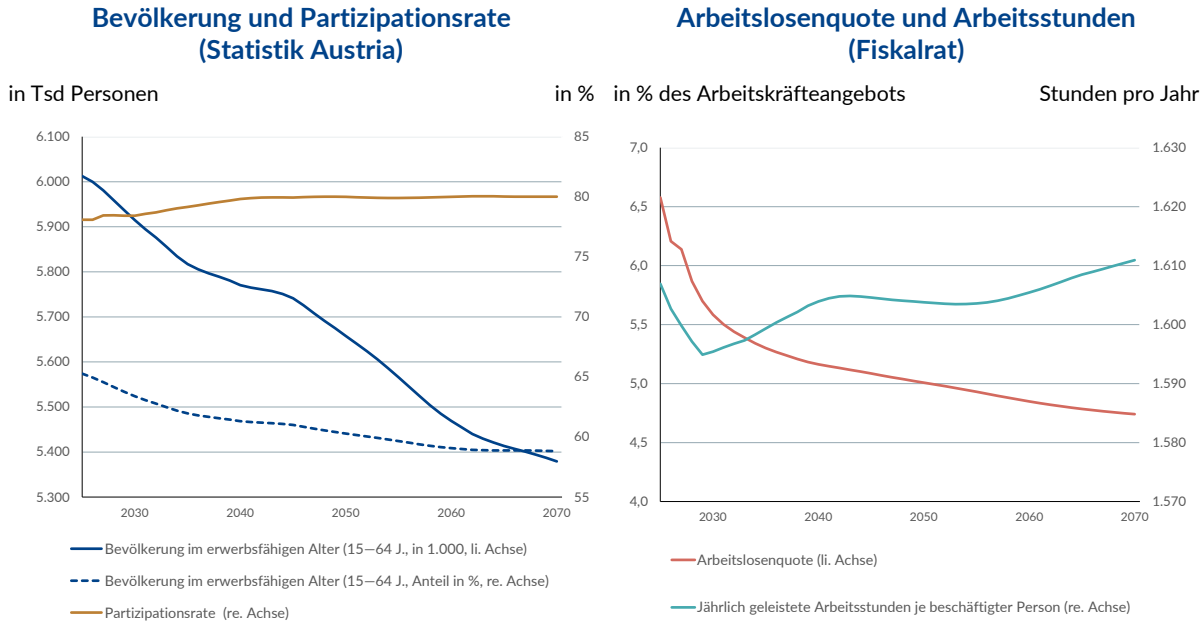
[3] Der Produktivitätsrat (2024) hat in seinem Produktivitätsbericht eine auf einer Produktionsfunktion basierende Zerlegung der Arbeitsproduktivität durchgeführt. Diese wird dabei in die Faktoren Kapitalintensität und totale Faktorproduktivität (TFP) zerlegt. Die TFP erfasst dabei jenen Teil des Wachstums, der nicht durch den Faktoreinsatz erklärt werden kann und häufig als Maß für technologischen Fortschritt und Effizienzsteigerungen interpretiert wird (Solow, 1957; Jorgenson and Griliches, 1967; OECD, 2001; Produktivitätsrat, 2024). Die TFP wird vom Produktivitätsrat weiter in einen Beitrag der Arbeitszusammensetzung (Qualität der Arbeitskräfte) und einen verbleibenden Rest zerlegt. Der Rückgang des Wachstums der Arbeitsproduktivität von 1,8 % p. a. im Zeitraum 1995 bis 2005 auf 0,9 % p. a. im Zeitraum 2006 bis 2019 beruht auf Rückgängen aller drei Faktoren. Im Vergleich mit der EU sticht Österreich dadurch heraus, dass der positive Beitrag der Arbeitszusammensetzung zum Erliegen gekommen ist, während er in der EU noch zum Wachstum beitrug. Die in diesem Policy Brief verwendete Zerlegung ist eine Identität, wobei das ausgewiesene Wachstum der Arbeitsproduktivität der Summe aus dem Beitrag der Kapitalintensität und dem Wachstum der totalen Faktorproduktivität in einem Produktionsfunktionsansatz entspricht.

2 Österreichs Bevölkerung wird weiter altern

Österreichs Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten deutlich altern. Die Hauptvariante der aktuellen Bevölkerungsprognose von Statistik Austria schätzt, dass die Gesamtbevölkerung zunächst noch leicht wächst und von rund 9,2 Millionen Personen im Jahr 2025 auf 9,4 Millionen im Jahr 2043 ansteigen wird. Danach setzt gemäß der Prognose ein Rückgang ein. Bis 2070 sinkt die Bevölkerung auf etwa 9,1 Millionen Personen. Gleichzeitig nimmt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) kontinuierlich und deutlich ab: Von 6,0 Millionen Personen im Jahr 2025 auf 5,8 Millionen im Jahr 2040 und 5,4 Millionen im Jahr 2070 (durchgezogene blaue Linie im linken Teil von Grafik 3). Dies entspricht einem Rückgang um rund 4 % bzw. 11 %. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sinkt von 65 % im Jahr 2025 auf 61 % im Jahr 2040 bzw. 59 % im Jahr 2070 (blaue strichlierte Linie im linken Teil von Grafik 3).

Grafik 3

Starker demografischer Wandel wird Bevölkerungsstruktur und Arbeitsmarkt stark verändern



Quelle: Statistik Austria (Bevölkerungs- und Erwerbspersonenprognose), Fiskalrat.

Besonders brisant ist die Alterung der Gesellschaft. Der Anteil der über 65-Jährigen an der gesamten Bevölkerung steigt in der Prognose von 20 % im Jahr 2025 auf 26 % im Jahr 2040 und 29 % im Jahr 2070, während die Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter kontinuierlich kleiner wird. Während 2025 3,2 Personen im erwerbsfähigen Alter auf eine über 65-jährige Person kommen, sinkt dieses Verhältnis auf 2,3 im Jahr 2040 und weiter auf 2,0 im Jahr 2070. Hauptursachen sind im Wesentlichen demografische Faktoren: niedrige Geburtenraten[4] und eine steigende Lebenserwartung.

[4] Die Geburtenrate in Österreich ist von 2,69 Kindern je Frau im Jahr 1960 stetig bis auf 1,30 im Jahr 2025 gesunken. Der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria liegt die Erwartung einer bis 2040 auf 1,35 steigenden Geburtenrate zugrunde. Danach bleibt diese konstant.

Darüber hinaus kommt ein wesentlicher struktureller Faktor hinzu, nämlich das Ausscheiden der Babyboomer-Generation aus dem Erwerbsleben. Zuwanderung kann den Rückgang der Erwerbsbevölkerung zwar bremsen, aber nicht vollständig verhindern. In der Hauptvariante der Statistik Austria ist bereits eine jährliche Netto-Zuwanderung von 50.000 Personen enthalten. Ohne Netto-Zuwanderung würde die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 2040 sogar auf 5,2 Millionen Personen und bis 2070 auf 3,6 Millionen zurückgehen. Auf eine über 65-jährige Person würden nur noch 2,1 (2040) bzw. 1,4 Personen (2070) im erwerbsfähigen Alter kommen.

Die Zahl der Erwerbspersonen dürfte durch einen leichten Anstieg der Partizipationsrate (braune Linie im linken Teil von Grafik 3)[5] etwas schwächer sinken als die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Vor allem die Angleichung des Pensionsantrittsalters von Frauen an das der Männer – die bis 2033 abgeschlossen sein wird – wird sich hier positiv auswirken und damit den Rückgang des Arbeitsangebots dämpfen. Zudem dürfte die Beschäftigungsquote laut der Projektion des Fiskalrats (Fiskalrat, 2025) von 93,4 % im Jahr 2025 auf 94,8 % im Jahr 2040 und 95,3 % im Jahr 2070 ansteigen. Grund hierfür ist die Annahme eines Rückgangs der aggregierten Arbeitslosenquote (rote Linie im rechten Teil von Grafik 3). Die geleisteten Arbeitsstunden pro erwerbstätige Person weisen seit Jahrzehnten einen sinkenden Trend auf. In der Projektion des Fiskalrats wird angenommen, dass sich dieser Trend abflacht und 2030 zu einem Stillstand kommt. So soll die Anzahl der jährlich geleisteten Arbeitsstunden pro beschäftigte Person von 1.607 im Jahr 2025 – nach einem Rückgang bis zum Jahr 2029 – leicht auf 1.611 im Jahr 2070 ansteigen (türkisfarbene Linie rechts in Grafik 3).

3 Produktivitätswachstum muss auch im optimistischen Szenario steigen

Die im vorigen Abschnitt dargestellten Annahmen von Statistik Austria und dem Fiskalrat stellen im Folgenden das **Hauptszenario** dar. Zusammengenommen dürften von der dort dargestellten Entwicklung des Arbeitseinsatzes in Summe zukünftig keine positiven, sondern leicht negative Beiträge für das Wachstum des BIP pro Kopf ausgehen. Der Wachstumsbeitrag bewegt sich in einer Höhe von durchschnittlich -0,1 Prozentpunkt pro Jahr (Grafik 4). Der sinkende Anteil der Erwerbsbevölkerung ist dabei der wichtigste dämpfende Faktor für das Wachstum des BIP pro Kopf. In den nächsten Jahren sind die negativen Beiträge besonders stark dämpfend, da die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge ihr Pensionsantrittsalter erreichen. Am stärksten negativ ist der Beitrag im Jahr 2028 mit -0,6 Prozentpunkten. Danach nimmt der negative Beitrag bis in die erste Hälfte der 2040er-Jahre ab, bevor es wieder zu Pensionsantritten von relativ geburtenstarken Kohorten kommt. Ab Mitte der 2060er-Jahre ist von der Demografie kein weiterer negativer Beitrag mehr zu erwarten.

Vor dem Hintergrund dieser demografischen Entwicklungen stellt sich die Frage, wie auch in Zukunft eine Zunahme des Wohlstands in Österreich möglich sein wird. In den vergangenen 30 Jahren (von 1996 bis 2025) ist das BIP pro Kopf durchschnittlich um 1,1 % gewachsen. Nachfolgend wird – gegeben die demografischen und arbeitsmarktspezifischen Annahmen in unserem Hauptszenario – berechnet, wie hoch das Wachstum der Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde sein müsste, damit das BIP pro Kopf auch zukünftig um rund 1 % wächst.[6]

---

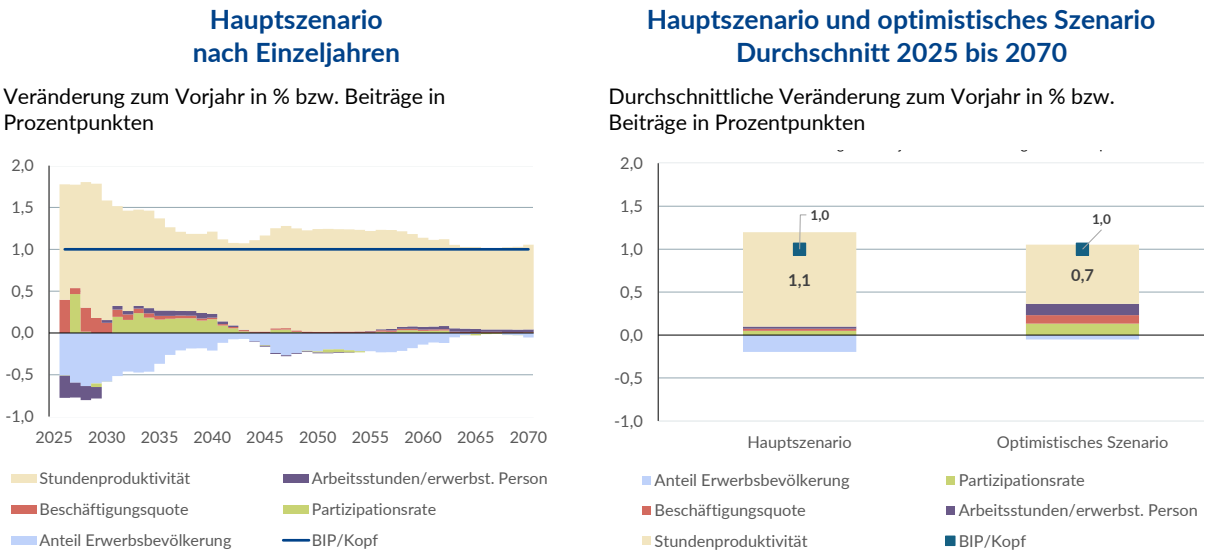
[5] Quelle: Erwerbspersonenprognose der Statistik Austria („Trendszenario“).

[6] Der Produktivitätsrat (Molnárová, 2024, Produktivitätsrat, 2024) hat eine Analyse zu den makroökonomischen Effekten einer Mobilisierung des Arbeitskräftepotenzials bis 2060 mit dem FISK-OLG-Modell (Schuster, 2021) durchgeführt und findet

Da die österreichische Bevölkerung zwischen 2025 und 2070 praktisch konstant bleibt (sie sinkt lediglich um 64.400 Personen bzw. um 0,7 %), entspricht die Entwicklung des BIP weitestgehend jener des BIP pro Kopf.

Grafik 4

Für ein Wachstum des BIP pro Kopf von 1 % ist zukünftig ein hohes Produktivitäts-wachstum notwendig



Quelle: Statistik Austria (Bevölkerungsprognose 2025), Fiskalrat, eigene Annahmen.

Grafik 4 zeigt, dass für dieses BIP-Wachstum ein durchschnittliches Produktivitätswachstum von 1,1 % erforderlich wäre (linke Säule im rechten Teil der Grafik). In den Jahren bis 2030 wäre sogar ein noch höheres jährliches Wachstum der Stundenproduktivität von durchschnittlich 1,4 % notwendig. Das wäre ein bedeutend höheres Produktivitätswachstum als in den letzten zehn Jahren beobachtet (durchschnittlich 0,6 % pro Jahr).

Die Ergebnisse sind stark durch die Prognosen von Statistik Austria und dem Fiskalrat getrieben. Diese folgen der sogenannten No-policy-change-Annahme. Dies bedeutet, dass nur bereits beschlossene Maßnahmen, wie etwa die Angleichung des Pensionsantrittsalters von Frauen, berücksichtigt sind. Zukünftige Reaktionen der Politik auf die beschriebenen Entwicklungen, wie beispielsweise eine Anhebung des Pensionsantrittsalters, sind nicht enthalten. Um die mögliche Bandbreite zukünftiger Entwicklungen besser abschätzen zu können, wird nachfolgend zudem ein **optimistisches Szenario in Bezug auf die Annahmen zu Demografie und Arbeitsmarkt** skizziert, in dem realistische, aber sehr ambitionierte Möglichkeiten zur Erhöhung des Arbeitsangebots ausgeschöpft werden.

- Bis 2070 wird die Lebenserwartung bei der Geburt laut Statistik Austria gegenüber 2024 um 6,1 Jahre für Männer und 5,0 Jahre für Frauen steigen (bzw. um 4,2 und 4,0 Jahre, wenn man die Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren heranzieht). Das optimistische Szenario unterstellt – rechnerisch aus der steigenden Lebenserwartung abgeleitet – dass das Pensionsantrittsalter

erhebliche Effekte auf die Wirtschaftsleistung. Im Gegensatz zu unserer Analyse, in der wir das Wachstum des BIP pro Kopf annehmen, wird es im Modell auf Basis der getroffenen Annahmen berechnet.

wegen der höheren Lebenserwartung bis 2070 um drei Jahre angehoben wird.[7] In diesem Fall würde der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2070 62,4 % betragen (statt wie im Hauptszenario 58,8 %).

- Würde sich die Partizipationsrate entsprechend den aktuell höchsten Werten in vergleichbaren EU-Mitgliedstaaten entwickeln, dann würde dies eine Erhöhung der Partizipationsrate um 2,8 Prozentpunkte bedeuten. Da sich vor allem die osteuropäischen Länder in der Erwerbsstruktur stark von Österreich unterscheiden, werden hier Irland, Dänemark, Deutschland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Italien (EU-7, frühe EU-Beitrittsländer) als Vergleichsgruppe gewählt. Von dieser Vergleichsgruppe entspricht der oben genannte Referenzwert dem Durchschnitt der Top-3.
- Würde die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden pro beschäftigte Person ebenfalls dem Durchschnitt der Top-3 der EU-7 folgen, würde dies langfristig einen Anstieg um 4,4 % bedeuten.

Wäre es möglich, etwa durch entsprechende Politikmaßnahmen (verbesserte Kinderbetreuung, verbesserte Arbeitsanreize usw.) diese Werte zu erreichen, so würden diese Annahmen bis 2070 zu einem im Vergleich zum Hauptszenario um 18 % höheren Arbeitsangebot führen.[8] Da sich diese Zunahme jedoch über einen langen Zeitraum verteilt, fällt der zusätzliche jährliche Wachstumseffekt relativ gering aus. Auch wenn eine Ausweitung des Ausmaßes der Beschäftigung ein wichtiges Ziel der Wirtschaftspolitik bleibt: Selbst unter diesen optimistischen Annahmen, die teilweise weitreichende politische Maßnahmen erfordern würden, müsste die Arbeitsproduktivität durchschnittlich um 0,7 % pro Jahr wachsen, um ein Wachstum des BIP pro Kopf von 1 % zu erreichen (Grafik 4 rechts). Auch dieses Produktivitätswachstum wäre noch höher als der Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (0,6 %).

4 Maßnahmen zur Steigerung des Produktivitätswachstums

Um das Wachstum des BIP pro Kopf zu halten, wird Österreich sowohl das Arbeitsangebot als auch das Produktivitätswachstum stärken müssen. Allerdings wird sich der Wohlstand trotz weitreichender Maßnahmen zukünftig nur begrenzt durch einen höheren Arbeitseinsatz steigern lassen. Daher werden Maßnahmen zur Steigerung des Produktivitätswachstums in mehreren miteinander verbundenen Bereichen umso wichtiger.

4.1 Unternehmensdynamik

Eine stärkere Unternehmensdynamik ist eine wesentliche Voraussetzung für höheres Produktivitätswachstum. Arbeitskräfte und Kapital müssen möglichst schnell und ohne Hindernisse von weniger produktiven zu produktiveren Unternehmen wandern. Diese Dynamik kann insbesondere gestärkt werden, indem Unternehmensgründungen vereinfacht, der Zugang zu Risikokapital verbessert und Wachstumshemmnisse für junge Unternehmen abgebaut werden.

---

[7] Eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters führt gleichzeitig zu einer Verringerung der Anzahl der Pensionist:innen und zu einem Anstieg der Anzahl der erwerbstätigen Personen. Für Österreich würde eine Erhöhung des Pensionsalters um ungefähr 7 bis 8 Monate pro Jahr zusätzlicher Lebenserwartung ausreichen, um die Dauer des Ruhestands im Verhältnis zur Erwerbszeit weitgehend konstant zu halten.

[8] Dieser Effekt liegt in einer ähnlichen Größenordnung wie Simulationsergebnisse des Fiskalrats (2024, Tabelle 6.3), die die Effekte einer Mobilisierung des Arbeitskräftepotenzials simuliert haben: Eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren, sowie eine Anhebung des Pensionsalters ergeben für 2070 eine Steigerung des realen BIP pro Kopf um 16,7 % gegenüber dem Referenzszenario. Im Gegensatz zu den Berechnungen in diesem Policy Brief enthalten die Simulationen des Fiskalrats auch die explizite Annahme einer Steigerung des Bildungsstands der Erwerbsbevölkerung.

Auch effizientere Insolvenzverfahren und bessere Möglichkeiten für einen wirtschaftlichen Neustart können dazu beitragen, dass unternehmerische Risiken eher eingegangen werden. Entscheidend ist allerdings nicht allein die Zahl der Neugründungen, sondern insbesondere, dass innovative und produktive Unternehmen rasch wachsen können. Die Wachstumsfinanzierung ist daher ein wichtiger Faktor.

Eine erste Auswertung der Integrated Firm-Level Database der OeNB (Elsinger et al., 2026) zeigt, dass die österreichische Wirtschaft zwar durch eine große Zahl sehr kleiner Unternehmen dominiert wird, während wirtschaftliche Aktivität und Finanzierung jedoch stark auf relativ wenige größere Unternehmen konzentriert sind. Die OECD (2024) zeigt, dass Unternehmensgründungen, Marktaustritte und das Wachstum junger Unternehmen in Österreich im internationalen Vergleich schwach ausgeprägt sind.

4.2 Wettbewerb

Ein intensiverer Wettbewerb unterstützt die Unternehmensdynamik und setzt Anreize für Unternehmen, effizienter zu wirtschaften, neue Technologien einzusetzen und innovative Produkte zu entwickeln. Insbesondere in Teilen des Dienstleistungssektors sowie in bestimmten regulierten Märkten bestehen vergleichsweise hohe Markteintrittsbarrieren. Dies gilt auch etwa für den Energie- und Infrastrukturbereich, wo funktionierender Wettbewerb die Kosten für Unternehmen reduzieren kann. Einer Studie der Bundeswettbewerbsbehörde und der E-Control (2025) zufolge findet der Wettbewerb am Strom- und Gasmarkt in Österreich nicht auf nationaler, sondern auf Ebene der einzelnen Netzgebiete statt. Die Studie empfiehlt unter anderem eine Transparenzoffensive zur besseren Vergleichbarkeit der Energielieferverträge sowie die Auflösung der wettbewerbshemmenden Kreuzbeteiligungen zwischen Landesenergieversorgern. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass marktbeherrschende Unternehmen Innovationen und den Markteintritt neuer Wettbewerber behindern.

4.3 Innovationen

Österreich weist hohe Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf, die jedoch nicht immer im entsprechenden Ausmaß in marktfähige Innovationen und Produktivitätsfortschritte umgesetzt werden. Die wirtschaftliche Verwertung von Forschungsergebnissen ist wichtig. Dazu gehören eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen, ein verbesserter Technologietransfer und günstigere Rahmenbedingungen für innovative Start-ups und Spin-offs. Darüber hinaus ist die Verbreitung bereits vorhandener Innovationen entscheidend: Produktivitätsfortschritte entstehen nicht nur durch technologische Innovationen, sondern auch dadurch, dass Unternehmen bewährte Technologien und organisatorische Verbesserungen übernehmen.

4.4 Regulierung und Bürokratie

Komplexe gesetzliche Vorgaben, aufwendige Genehmigungsverfahren und umfangreiche Berichtspflichten binden Ressourcen, die Unternehmen ansonsten für Investitionen, Innovationen und produktive Tätigkeiten einsetzen könnten. Besonders kleinere Unternehmen sind von diesen Fixkosten betroffen. Verbesserungen kann es etwa durch einheitlichere Regelungen sowie durch kürzere Verfahren geben. Darüber hinaus können Regulierungen dazu führen, dass Innovationen nicht entstehen oder sich verbreiten können.

4.5 Humankapital und Mobilität

Die Qualifikation der Arbeitskräfte zählt zu den wichtigsten langfristigen Faktoren für die Produktivität. Insbesondere frühkindliche Bildung, schulische Grundkompetenzen, berufliche Ausbildung und lebenslanges Lernen sind entscheidend. Gleichzeitig muss die Mobilität von Arbeitskräften zwischen Unternehmen, Branchen und Regionen hoch sein. Dazu können etwa die rasche Anerkennung ausländischer Qualifikationen, gezielte Weiterbildungsangebote und ein gutes Zusammenspiel zwischen Arbeitsvermittlung und Qualifizierung beitragen. Auch ein ausreichendes Kinderbetreuungsangebot und ein funktionierender Wohnungsmarkt erleichtern die Aufnahme produktiver Beschäftigung. Entscheidend ist, dass Arbeitskräfte dort eingesetzt werden können, wo ihre Fähigkeiten den größten wirtschaftlichen Nutzen stiften.

4.6 Investitionen

Produktivitätswachstum erfordert kontinuierliche Investitionen in Maschinen, Anlagen, Infrastruktur und immaterielles Kapital. Unternehmen können nur dann effizienter produzieren, wenn ihnen moderne Technologien und ausreichende Kapitalausstattung zur Verfügung stehen. Dafür sind stabile wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, wettbewerbsfähige Finanzierungsmöglichkeiten und planbare Genehmigungsverfahren wesentlich. Auch der Zugang zu Kapital ist wichtig, um wachstumsorientierten Unternehmen größere Investitionen zu ermöglichen. Öffentliche Förderungen sollten möglichst zusätzliche produktive Investitionen auslösen, statt dauerhaft bestehende Geschäftsmodelle zu subventionieren.

4.7 Effizienter Staat

Auch die Leistungsfähigkeit des Staates beeinflusst die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Eine effiziente öffentliche Verwaltung senkt Transaktionskosten, erleichtert Investitionen und schafft verlässliche Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten. Eine klare Zuordnung von Aufgaben, Finanzierungsverantwortung und Ergebniskontrolle kann die Effizienz öffentlicher Leistungen verbessern. Weitere Potenziale liegen in der Digitalisierung der Verwaltung, einer wirkungsorientierten Budgetpolitik und effizienten öffentlichen Beschaffungsverfahren. Angesichts begrenzter budgetärer Spielräume kommt es zunehmend darauf an, öffentliche Mittel gezielt dort einzusetzen, wo sie langfristig den größten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen erzielen.

4.8 Digitalisierung und künstliche Intelligenz

Digitalisierung und künstliche Intelligenz (KI) bieten die Chance, die Produktivität erheblich zu steigern. Digitale Anwendungen können Verwaltungsabläufe automatisieren, Produktionsprozesse optimieren und die Entscheidungsfindung verbessern. KI kann darüber hinaus wissensintensive Tätigkeiten unterstützen. Entscheidend ist jedoch, dass Unternehmen diese Technologien annehmen und ihre Arbeitsprozesse anpassen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen dürfte dies eine große Herausforderung darstellen.

Viele der bisher genannten Maßnahmen zur Steigerung des Produktivitätswachstums sind lange bekannt und wirken bereits auf die eine oder andere Weise. Sollte sich generative KI als allgemeine Basistechnologie erweisen, könnte darin eine Chance auf besonders großes Potenzial liegen. Sie kann die Erstellung von Informationen, Analysen und Software beschleunigen, Routinetätigkeiten automatisieren und dadurch Ressourcen für andere Aufgaben freisetzen.

Darüber hinaus kann KI Innovationen, neue Geschäftsmodelle sowie die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen fördern. In den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsdaten sind diese Effekte bislang allerdings nicht erkennbar. Damit die Potenziale realisiert werden können, sind neben Investitionen in digitale Infrastruktur insbesondere Investitionen in Humankapital, lebenslanges Lernen und die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten erforderlich.

Die aktuelle empirische Literatur zu den wirtschaftlichen Effekten von KI deutet darauf hin, dass diese ein erhebliches Produktivitätspotenzial besitzt, dessen tatsächliche Wirkung jedoch stark von der Geschwindigkeit der Einführung, den Investitionen in Humankapital und der Verbreitung in kleinen und mittleren Unternehmen abhängt.[9] Beispielsweise liefern Brynjolfsson et al. (2025) eine Mikro-Evidenz, die für Mitarbeiter:innen im Kund:innenservice einen Produktivitätsanstieg von durchschnittlich 15 % findet. Die Schätzungen auf makroökonomischer Ebene sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Frühe Studien finden, dass KI das jährliche Produktivitätswachstum im Euroraum innerhalb eines Jahrzehnts je nach Diffusionsgeschwindigkeit um 1,4 Prozentpunkte (Hatzius et al., 2023) bis über 4 Prozentpunkte (Chui et al., 2023) erhöhen könnte. Lane (2026) gibt einen Überblick über die Produktivitätseffekte in neueren Studien, deren Bandbreite ebenfalls beträchtlich ist. So findet Acemoglu (2025) einen kumulierten Anstieg der totalen Faktorproduktivität von 0,7 % über zehn Jahre, durchschnittlich also lediglich 0,07 Prozentpunkte pro Jahr. Der IWF (Misch et al., 2025) erwartet mittelfristig ebenfalls einen moderaten Effekt von KI auf die Produktivität in Europa von kumuliert 1 % innerhalb von fünf Jahren, durchschnittlich also lediglich 0,2 Prozentpunkte pro Jahr. Die OECD (Filipucci et al., 2025) kommt für die G7-Länder auf einen jährlichen Produktivitätszuwachs im Bereich von 0,4 bis 1,3 Prozentpunkten.

5 Schlussfolgerungen

Angesichts der demografischen Entwicklung wird das künftige Wohlstandswachstum in Österreich vor allem von stärkeren Produktivitätsfortschritten abhängen. Maßnahmen zur Ausweitung des Arbeitsangebots bleiben wichtig, können den demografischen Rückgang aber selbst unter optimistischen Annahmen nur teilweise ausgleichen. Um auf einem ähnlichen Niveau wie in den vergangenen Jahren zu wachsen, ist ein bedeutend höheres Produktivitätswachstum notwendig. Dieses kann mit einem Bündel an Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen gesteigert werden. Dazu zählen etwa mehr Unternehmensdynamik und Wettbewerb, Investitionen in Humankapital, bessere Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen sowie der Abbau unnötiger regulatorischer Hürden.

KI könnte das Produktivitätswachstum signifikant erhöhen. Aktuelle Schätzungen zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen sind jedoch mit hoher Unsicherheit behaftet, und in den Produktivitätsdaten ist bislang kein signifikanter Effekt sichtbar. Angesichts des demografischen Wandels müsste Österreich jedoch darauf hoffen, dass von der KI tatsächlich höhere Produktivitätszuwächse ausgehen können. Entscheidend ist, die technologischen Potenziale in breite Produktivitätszuwächse zu übersetzen. Es wird davon abhängen, wie rasch neue Technologien in der Breite eingesetzt und integriert werden und wie anpassungsfähig Unternehmen, Beschäftigte und öffentliche Institutionen sind.

[9] In den diskutierten Studien wird in der Regel ein anderes Produktivitätskonzept verwendet als bisher in diesem Policy Brief. Während wir bislang die Arbeitsproduktivität in den Vordergrund gestellt haben, stellen die KI-Studien auf die Auswirkungen auf die Gesamtfaktorproduktivität (TFP) ab.

6 Literaturverzeichnis

Acemoglu, D. 2025. The simple macroeconomics of AI, Economic Policy, Vol. 40, No 121, January, 13-58.

Bundeswettbewerbsbehörde und E-Control. 2025. Abschlussbericht der Taskforce der E-Control und der Bundeswettbewerbsbehörde 2023 bis 2025. Wien, Juni 2025

Brynjolfsson, E., D. Li und L. Raymond. 2025. Generative AI at Work, Quarterly Journal of Economics,140/2, 889-942, https://doi.org/10.1093/qje/qjae044.

Chui, M., E. Hazan, R. Roberts, A. Singla, K. Smaje, A. Sukharevsky, L. Yee und R. Zemmel. 2023. The economic potential of generative AI: The next productivity frontier, McKinsey & Company, June 2023.

Elsinger, H., P. Fessler, A. Riedl, P. Roderweis und S. Trappl. 2026. The Integrated Firm-Level Database (IFLD): a new microdata infrastructure for analysing Austrian firms. Structure and first empirical insights for 2021. OeNB Reports 2026/27.

Filippucci, F., P. Gal, K. Laengle und M. Schief. 2025. Macroeconomic productivity gains from Artificial Intelligence in G7 economies. OECD Artificial Intelligence Papers Series No. 41, June 2025.

Fiskalrat. 2025. Bericht über die fiskalische Nachhaltigkeit. https://www.fiskalrat.at/dam/jcr:03cd7d7f-93b5-4eac-8930-9f22e65459d9/FISK_NHB_2025_Web.pdf. April 2025.

Hatzius, J., J. Briggs, D. Kodnani und G. Pierdomenico (Goldman Sachs). 2023. The Potentially Large Effects of Artificial Intelligence on Economic Growth. Goldman Sachs Economics Research, 26 March, 2023. https://www.gspublishing.com/content/research/en/reports/2023/03/27/d64e052b-0f6e-45d7-967b-d7be35fabd16.pdf.

Jorgenson, D. W. und Z. Griliches. 1967. The Explanation of Productivity Change. Review of Economic Studies, 34(3), 249-283. https://doi.org/10.2307/2296675.

Lane, P. 2026. AI and the euro area economy. Keynote speech at ECB-SAFE-RCEA International Conference on the Climate-Macro-Finance Interface (3CMFI) Frankfurt, 23 March 2026.

Misch F., B. Park, C. Pizzinelli und G. Sher. 2025. Artificial Intelligence and Productivity in Europe. IMF Working Paper 25/67.

Molnárová, Z. 2024. Macroeconomic effects of demographic transition mobilization of the labor force potential and labor productivity. Office of the Austrian Productivity Board. Reports 02/2024.

OECD. 2001. Measuring Productivity: Measurement of Aggregate and Industry-Level Productivity Growth. Paris: OECD Publishing.

OECD. 2024. OECD Economic Surveys. Austria. July 2024. https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2024/07/oecd-economic-surveys-austria-2024_ed983e1c/60ea1561-en.pdf.

Produktivitätsrat. 2024. Strategien für nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz in Zeiten von Transformation und Rezession. Produktivitätsbericht 2024.

Schuster, P. 2021. The FISK OLG model – a numerical overlapping generations model for Austria – model description v2.2. Working Paper 7, Büro des Fiskalrates, Wien.

Solow, R. M. 1957. Technical Change and the Aggregate Production Function. Review of Economics and Statistics, 39(3), 312-320. https://doi.org/10.2307/1926047.

Statistik Austria. 2025. Bevölkerungsprognose 2025. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Bevoelkerungsprognose_2025_barr.pdf.

Statistik Austria. 2026. Zukünftige Entwicklung Erwerbspersonen 2024 bis 2080 - Neudurchrechnung 2025. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Erwerbspersonenprognose_2024-2080_barrierefrei_Web.pdf

Medieninhaberin und Herausgeberin Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
www.oenb.at

ISSN 3061-2012 (online)

© Oesterreichische Nationalbank, 2026. Alle Rechte inkl. Bildrechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.